

Das Verbot der „Roten Fahne“

Durch das vom preussischen Ministerium des Innern verfügte Verbot der „Roten Fahne“ haben jene recht behalten, die in dem Gesetze zum Schutze der Republik eine Handhabe erblickten, um gegen links vorzugehen. Zwar war bei den Beratungen des Gesetzes im Reichstag von Regierungsseite verkündet worden, daß das Gesetz nur gegen rechts, nicht aber gegen links gedacht sei, wie wertlos indessen solche feierlichen Erklärungen sind, lehrt das Verbot der „Roten Fahne“ auf die Dauer von drei Wochen.

Was indessen dem Verbot einen besonderen Charakter verleiht, ist die Stellungnahme der preussischen amtlichen Stelle zu der Angelegenheit, über die die „Dona“ folgendes erzählt: „Die Begründung des Verbotes stützt sich auf zwei Argumente. Einmal auf den Vorwurf, der der bayerischen Regierung gemacht worden ist, daß sie gegen das Reich Hochverrat begangen habe usw. Nach dem Wortlaut des § 8 des Reichsgesetzes zum Schutze der Republik hat die bayerische Regierung, wie jede andere Landesregierung, ein unbedingtes Recht auf Schutz gegen derartige Beschimpfungen. In politischer Beziehung ist hierzu zu erwähnen, daß eine Verweigerung dieses Schutzes seitens der preussischen Regierung nur schlecht vereinbar mit dem Geist sein würde, in dem der Reichspräsident und die Reichsregierung zurzeit Verhandlungen mit der bayerischen Regierung pflegen. Das Verbot der „Roten Fahne“ ist in der selbstverständlichen Annahme erfolgt, daß auch die bayerische Regierung mit gleicher Loyalität Verbote gegen diejenigen bayerischen Presseorgane erläßt, die die Reichs- und preussische Regierung im Sinne des § 8 des Schutzgesetzes beschimpfen. Insofern die Begründung des Verbotes sich ferner auf die Beschimpfung der republikanischen Reichsregierung durch den Moskauer Aufruf stützt, kann auch sie irgendwelche berechtigte Anfechtung nach dem klaren Wortlaut und dem Sinn des oben angezogenen Gesetzesparagraphen nicht finden.“

Die bayerische Regierung erfüllt ihr protokolllarisch festgelegtes Versprechen nicht, ihre verfassungswidrige Sonderverordnung aufzuheben, macht damit einen direkten Vorstoß gegen die Einheitlichkeit des Reichs, der nur ein Gegenstück findet in den Verhältnissen im alten römischen Reich deutscher Nation, aber nicht desto weniger läßt die „amtliche preussische Seite“ verlaublich, daß ein Nichtverbot der „Roten Fahne“, welche dieses Verhalten der bayerischen Regierung als Hochverrat gekennzeichnet hat, „nur schlecht vereinbar sein würde mit dem Geiste, in dem der Reichspräsident und die Reichsregierung zur Zeit Verhandlungen mit der bayerischen Regierung pflegen“. Wenn das der Geist sein soll, in dem die Reichsregierung mit Bayern verhandelt, d. h. wenn sie den Vorstoß Bayerns gegen die Reichseinheit durch Verbote solcher Blätter beantwortet, die sich gegen die bayerischen Machenschaften wenden, so ist von dem Ausgang der Krise zwischen Bayern und dem Reich das Allerhöchste zu erwarten.

Allerdings, die preussische Regierung hat noch ein übriges getan. Da bisher die bayerischen Blätter ungehindert die Reichsregierung und die preussische Regierung in der niederträchtigsten Weise beschimpften, hat die preussische Regierung der bayerischen Regierung gleichzeitig mit der Mitteilung, daß die „Rote Fahne“ verboten sei, auch die Belege für diese Beschimpfungen durch bayerische Blätter übermittelt. Nach unserem Dafürhalten konnte sich die preussische Regierung die Mühe ersparen. Denn in München kennt man die Neuierungen der bayerischen Presse besser als in Berlin.

Der Dollar = 1215 Mark

Reichswirtschaftsrat und Marksturz

Mit der Mark geht es unaufhaltsam abwärts. Nachdrücklich notierte gestern der Dollar 1215 Mark. Da ein Halt in diesem Abgleiten der Mark noch nicht abzusehen ist, haben sich der Ausschuss für den Reichswirtschaftsrat und der wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats mit der Frage des Marksturzes beschäftigt. Allgemein wurde die Lage als sehr ernst erklärt und ein Arbeitsausschuss eingesetzt, der Vorschläge für neue wirtschafts-, finanz- und währungsrechtliche Maßnahmen auszuarbeiten soll.

Nach den Vol. Parl. Nachr. wurde auch über die Erhöhung der Ausfuhrabgaben verhandelt. Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums wies darauf hin, daß Kohle, Löhne, staatliche Ver-

kehrskosten und allgemeine Generalaufkosten weit unter den Weltmarktpreisen stünden und daß dabei beträchtliche Saluzugewinne bei der Ausfuhr entstünden. Auch der Vertreter des Auswärtigen Amtes setzte sich gegen die sonst wachsende Gefahr von Dumping-Zöllen und Sperrmaßnahmen für die Erhöhung der Ausfuhrabgaben ein.

In der Erörterung schlossen sich die Arbeitnehmer diesem Standpunkt an, die Arbeitgeber bekämpften ihn, weil sie die Förderung der Ausfuhr mit allen Mitteln für notwendig hielten. Auch die Arbeitgebervertreter des Handels wandten sich gegen die Erhöhung der Ausfuhrabgabe, weil sie die Vertragstreue gefährde. Nach längerer Erörterung erklärte sich der wirtschaftspolitische Ausschuss mit 13 gegen 11 Stimmen für die Anpassung der Ausfuhrabgabe an die veränderte Devisenlage. Dafür stimmten 10 Vertreter der Arbeitnehmer, ein Vertreter der Verbraucherschaft, ein von der Reichsregierung ernannter Vertreter und ein Arbeitgebervertreter, dagegen 9 Vertreter der Arbeitgeber, ein Vertreter der Freien Berufe und ein vom Reichsrat ernannter Vertreter. In einer besonderen Resolution wurde besondere Berücksichtigung der aus ausländischen Rohstoffen hergestellten Erzeugnisse und der Waren gefordert, deren Marktpreise den Weltmarktpreis erreichen oder überschreiten sollten. Außerdem befehlt sich der Ausschuss der, bei wesentlicher Veränderung der Verhältnisse die Regierung aufzufordern, gegebenenfalls die erhöhte Ausfuhrabgabe wieder generell zu ermäßigen.

Neuregelung der Beamtengehälter

Die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Organisationen der Beamten, Arbeiter und Angestellten über die Erhöhungen der Dienstbezüge der Beamten und Angestellten wurden nach Ueberwindung nicht unerheblicher Schwierigkeiten heute nachmittags zu Ende geführt, mit dem Ergebnis, daß eine Erhöhung der bisher zuständigen Gesamtsätze von rund 33 vom Hundert mit Wirkung vom 1. August d. J. eintritt. Das Reichskabinett hat dem Verhandlungsergebnis seine Zustimmung erteilt. Die Auszahlung wird sofort vorbereitet und erfolgt alsbald, nachdem der Reichsrat und der Reichstagsausschuss ihre Zustimmung hierzu gegeben haben. Die Verhandlungen über die entsprechende höhere Festsetzung der Arbeiterlöhne werden morgen fortgesetzt.

Der Reichsamnestieauschuss

In den Amnestieauschuss des Reichs, der in letzter Sitzung über die Anwendung des Reichsamnestiegesetzes entschieden, sind, wie die P.M. hören, die folgenden Personen berufen worden: Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Grafmann (Stellvertreter Abgeordneter Rauter); Reichstagsabgeordneter Delle (Stellvertreter Reichstagsabgeordneter Professor Dr. Schütting); Reichstagsabgeordneter Dr. Fleischer (Stellvertreter v. Reibner); Reichstagsabgeordneter Dr. Rosen (Stellvertreter Landtagsabgeordneter Crisrange); Reichstagsabgeordnete Frau Wende (Stellvertreter Abgeordneter Wunderlich).

Auf zum Protest gegen die Moskauer Todesurteile!

Große öffentliche Versammlungen
am Dienstag, den 22. August, abends 7 1/2 Uhr,
in folgenden Lokalen:
Kliew's Festsäle, Hafenside 13/15,
Sichhofbörse, Eldenaer Straße,
Germania-Säle, Chausseestraße 110,
Stadttheater, Alt-Moabit 47/49.

Es werden sprechen: Dr. Kurt Rosenfeld,
Alex. Stein, Dr. Julius Moses, Theodor
Liebknecht, Adolf Braun, Heinrich
Ströbel, Erich Ruttner, Heilmann.

Männer und Frauen erscheint in Massen!
U.S.P.D.-Bezirksverband Berlin-Brandenburg.
S.P.D.-Bezirksverband Groß-Berlin.
Gewerkschaftskommission Groß-Berlin.

Der Chauffeur

Von Ignaz Wrobel.

„Wat'n? Is d' soll Ahlemann noch ma angaschieren? Bei mir — oder! Ahlemann! Mensch! Wat mit den is —? Det wissen Se nich? — Der hat velleicht rumgespielt mit 'n Klingelleitung — aber wat 'n richtiger Schöffer is, davon weech der nicht! Der is ja schon drei Mal umsejippt mit seine Rudelspinne! — Ja, 'n selner Herr is er — fährt immer mit 'n Anlaffe — wie jon Herrenjahra — und weech det allens besser — aber jone Maschine — det is 'n Drjanismus! Det muß man vatteh!“

Det erste Mal wa er rausgemacht nach't Rennen — na, und da hatte er einen Lehen — und denn, gleich hinter die Olympia-Bahn — mein Ahlemann — rums — rumm mit den Rasten und alles lach in'n Dred! Wa ja noch jut abjungen — aber der Schred! Der Bahnen natürlich hopp, Ad — beschalt hat a nich.

Det zweite Mal is a beim Umbiehn jenen 'n Mast jekahn — da hat 'n 'n Jrina aufschreiben wolln — und denn wollt a auskneifen — und denn is a nochmal wo jensejahren und denn hatten sie ihm. Sie ham denn Anjeje ahazet — und er hat denn ... id weech nich jenan — so ach! Bogen hat a wohl abjemaht.

Na, und det dritte Mal — dij war hier janz in meine Nähe! Det hat er een kleiner Kind totjefahrt. — Ja, Na — nu s'ht a. Und den soll id wieda angaschieren? — So wie ide —? Sic, der kann ja noch nich mal richtig abblen kann ja der!

Id will Ihn mal wat sagen: wenn eener dauernd so velle Pech hat, det is det keen Pech mehr — vattehse? Denn id der Mann ehmt unrichtig — und na — denn will id ehmt nicht mehr mit 'n zu tun haben. — 'n Künd —“

Es gibt aber Leute in Deutschland, die vertrauen noch auf ihre Chauffeure, die sie so herrlich durch die „große Zeit“ fasziniert haben. Und obgleich die Herrschaften derart ungeschickt sind, daß uns allen was passiert ist — nur ihnen nicht.

denn sie sind rechtsseitig abgeprungen — wollen manche sie wiederhaben und sich noch einmal von ihnen fahren lassen. Ihr auch —?

Sowjetrußland und Filmkapitalismus

Die wir hören, steht die Vertretung der Handelsmission der R.S.F.S.R. mit der Promo-Film A.G. in Verhandlung behufs Gründung einer deutsch-russischen Filmgesellschaft. Nach der letzten Generalversammlung der Promo-Film A.G. im Mai dieses Jahres brachten der Film-Kurier und die S.P.D. Nachrichten über höchst anrüchige Geschäftsmanipulationen bei der Firma: Dividendenschiebereien! Es erscheint unanständig, daß die Vertreter Rußlands keine andere Lösung behufs Organisation ihres Filmwesens fanden. Gerade von Rußland hat man erwartet, daß es nicht Filmfreibeuter unterstützen wird, die ohne seine Hilfe vielleicht bald in der Verlesung verschwinden würden. Daß in der Direktion dieser Gesellschaft die prominentesten Vertreter des Filmhandelsmanagements sitzen, die durch ihre Stellung der Arbeiterschaft gegenüber besonders berüchtigt sind, dürfte doch für die Vertreter Sowjetrußlands auch Anlaß genug sein, von einer geschäftlichen Verbindung mit dieser Gesellschaft abzusehen, um so mehr, da es gerade in der Filmbranche Unternehmer gibt, die ihrer politischen Einstellung nach viel eher für eine derartige Zusammenarbeit in Frage kommen.

Das Leipziger Gewerkschaftsfest im Film.

Sonntag mittags in strahlendem Sonnenschein strömen unter Klängen von Musiklavellen und Gesang aus allen Straßen Tausende von Turnern und Turnerinnen, achtseltliche Verbände, Kinder mit Blumen geschmückt, nach dem Augustusplatz.

Ein Wald von roten Fahnen und Massen organisierter Arbeiter und Jugend lagern sich zu gigantischen, bunt bemalten Bild zusammen. Durch die Straßen von Leipzig zum Festplatz bewegt sich eine Riesenschlange von Menschen ernst, würdevoll und stolz. Jeder einzelne hat das Bewußtsein, ein Glied der großen, weltumwälzenden sozialistischen Bewegung zu sein, die auch in diesem Fest ihren Ausdruck findet.

Auf dem Festplatz laufen 150 000 Arbeiterinnen und Arbeiter dem Gesange der Internationale, der Ansprache des

Im auch den im Ausschuss nicht vertretenen Richtungen Gelegenheit zur Äußerung zu geben, bestimmt die vom Reichsjustizministerium entworfene Geschäftsordnung des Ausschusses, daß die Interessen der Beschuldigten oder Verurteilten wahrnehmen, gehört werden können.

Die Ehrhardtbank

Materialbeschlagnahme in München

Künftig teilt die Abteilung IA des Berliner Polizeipräsidiums mit: In der polizeilichen Ermittlungssache gegen die sogenannte Ehrhardtbank hatte die Berliner politische Polizei vor einigen Tagen die Münchener Polizeidirektion um Vornahme von Durchsuchungen und Neugenehmigungen erjudet. Diesem Ersuchen hat die Münchener Polizei entsprochen und das beschlagnahmte Material sowie die Vernehmungprotokolle durch besondere Kurier der Berliner Polizei aneulieitet.

Die Karlsbader Konferenz verlagert

Wien, 18. August. (Eigenbericht der „Freiheit“.) Die Internationale Arbeitergemeinschaft Sozialistischer Parteien (I.A.G.P.) hat bekanntlich für den 16. September eine Internationale Konferenz nach Karlsbad einberufen. Der letzten Sitzung der Exekutive der I.A.G.P. lag, wie bereits berichtet, ein Antrag der Schweizer Sozialdemokratischen Partei vor, das Datum der Konferenz zu verschieben, und ein Antrag der U.S.P. Deutschlands, die Konferenz nicht in der Tschechoslowakei stattfinden zu lassen, sondern sie in ein Land mit niedrigerem Geldwert zu verlegen. Im Sinne der Beschlüsse der Exekutive teilt nun das Sekretariat der I.A.G.P. mit, daß die Karlsbader Konferenz vorläufig verlagert wird und der Zeitpunkt der neuerlichen Einberufung sowie der Tagungsart nach Beendigung der Arbeiten der in Amsterdam eingesetzten Kommission in einer Exekutiv-Sitzung festgelegt werden wird.

Die für September in Aussicht genommene Sitzung der Exekutive der I.A.G.P. wird nicht in Karlsbad, sondern entsprechend den Wünschen der deutschen Genossen, in Deutschland, und zwar bereits Anfang September stattfinden.

Der Jahreshaushalt des Saargebiets

(D.N.) Saarbrücken, 17. August.

Nach dem seitens der Regierungskommission dem Generalsekretariat des Völkerbundes erstatteten zweiten Vierteljahresbericht befindet sich das Budget des Saargebiets für das Jahr 1922/23 im Gleichgewicht. Die ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben seien restlos gedeckt mit Hilfe normaler Einnahmen. Die Eisenbahn- und Postverwaltung lege für laufendes Jahr einen Fehlbetrag vor von 5 1/2 Millionen Franken (an Stelle von 16 Millionen Franken im Vorjahr). Die Kohlensteuer wird auf 40 Millionen Franken, der Ueberschuß der französischen Postverwaltung — der ins Saarbudget fließt — auf 10 Millionen Franken geschätzt. Die Gesamtheit der Frankenausgaben wird auf ungefähr 68 Millionen Franken berechnet.

Die R. P. Rußland. Die L.U. meldet aus Warschau: Die „Republik“ veröffentlicht einen Auszug aus der offiziellen Statistik der russischen kommunistischen Partei für das Jahr 1922. Danach zählt die russische kommunistische Partei 300 000 Mitglieder, also um 200 000 Mitglieder weniger als im vorigen Jahre. Zu den Hochburgen der kommunistischen Partei gehören die Gouvernements Moskau, Petersburg, Jaroslaw, Wladimir, Nisned, Iwanowogolzenst, Tula und Briansk. In diesen Gouvernements beläuft die russische kommunistische Partei 79 997 aktive Mitglieder und etwa 10 000 Kandidaten. Im Gouvernment Moskau gibt es 25 Prozent Mitglieder mit höherer Ausbildung, dafür aber 70,6 Prozent Analphabeten. Der Beschäftigung nach sind die Mitglieder der Partei zu 49,6 Prozent Arbeiter und 33,9 Prozent Beamte.

Scharfmacherei

(S.P.) Madrid, 18. August. Die Gewerkschaft der Postanachrichten ist wegen des neuen Generalstreiks als aufgelöst erklärt worden.

12 000 Kohlenarbeiter in Rußland sind in den Streik getreten. Die Regierung hat Truppen nach dem Kohlenrevier geschickt, da Aufmärsche zwischen den Streikenden und den Streikbrechern gemeldet worden sind.

Genossen Schilling, Vorsitzender des Gewerkschaftskartells Leipzig und folgend mit Interesse den sportlichen Darbietungen. Der Höhepunkt, 15 Revolutionsbilder von Toller, ausgeführt von Arbeitern, inszeniert vom Genossen Direktor Kronacher, Leipzig, sind eine künstlerische Leistung von unerbörter Brillanz. Die Leistung hat eine Riesenselbstverwirklichung und die fahrenden Genossen von Leipzig haben mit diesem Fest und seiner anstehenden Dramatisierung Vorbildliches geschaffen.

Der Festsaal und die Sportübungen sind für die Volkshilffilm-Bühne kinematographisch aufgenommen worden. Die wundervollen Revolutionsbilder konnten leider nicht aufgenommen werden, weil die dazu erforderliche Lichtmenge nicht vorhanden war.

Das Fest der Leipziger Arbeiterschaft kann als überaus gelungen bezeichnet werden und ist ein Beweis dafür, daß die Arbeiterschaft ihre Feiern würdiger gestalten vermag und die bürgerlichen Verbände in dieser Hinsicht schon manches von ihr lernen können.

M. B.

Der Jenfer gegen den toten Goncourt. Um die Veröffentlichung der Tagebücher der Brüder Goncourt, in denen hauptsächlich der überlebende Edmond viele Jahre hindurch täglich seine Meinungen über Menschen und Dinge aufgezeichnet hat, ist seit einiger Zeit ein heftiger Streit entbrannt. Edmond hat die Herausgabe dieser intimen Aufzeichnungen nach einer bestimmten Zeit, die jetzt abgelaufen ist, gewünscht. Aber dagegen wurden von verschiedenen Seiten Bedenken erhoben, weil sich eine Menge Geschichten und Mitteilungen über berühmte Persönlichkeiten darin befinden, die dieselben in einem höchst ungünstigen Licht erscheinen lassen. Die französische Regierung hat schließlich einen Jenfer bestellt, der über den toten Goncourt zu Bericht sitzen sollte, und dieser hat nunmehr, nachdem er 18 Monate zur Bewältigung der umfangreichen Manuskripte gebraucht, seinen Bericht erstattet. Danach ist es unumgänglich, das Tagebuch ohne bedeutende Auslassungen zu veröffentlichen; vieles darin wird von Goard, abgesehen von seiner Unaufrichtigkeit und Gefährlichkeit, als böswillige Erfindung bezeichnet. Das Tagebuch wird also entgegen dem ausdrücklichen Willen seines Verfassers wieder veröffentlicht werden und in die Geheimarchive der französischen Nationalbibliothek zurückkehren.

Das Außenministerium der Republik

Natürlich hat die deutsche Republik zum ersten Male den Jahrestag der Verfassung gefeiert. Diese Feiertage sind als eine Kundgebung für die Republik gedacht, die auf Ausland und Ausland gleich wirken und Kennnis von der Festigkeit der Republik geben sollte. Diesen Zweck hat die Feiertage aber nicht erfüllt, denn sie beschränkte sich auf Anreden, Fackelmärsche und Festvorstellungen und vermied auf sorgsamste, über diese nichtigsten Reuelichkeiten hinwegzusetzen. Nicht einmal ein areifbares, über den Tag hinaus wirkendes Symbol wurde damit verbunden. Man öffnete keine Gesinnung für die politischen Belangen, erzielte keine Annäherung, ja sogar noch weniger blies unerfüllt: Berlin hat noch keinen öffentlichen Platz, der an die neue Staatsform erinnert, dafür winken von allen Plätzen und Straßen die alten Namen abtafelter Monarchen. Wiederholt ist gefordert worden, daß endlich der große Platz vor dem Parlament ausbreitende Aoniasplatz in einen Platz der Republik umgetauft werde. Die Verfassungsfeier hätte Gelegenheit gegeben, wenigstens dieses Versprechen nachzuholen, aber auch daran dachte man nicht oder wollte man nicht denken, um ja keinen Anstoß zu erregen. Das einzige Neue bei dieser Feiertage bestand eigentlich nur in der Bescherung des Volkes mit einem Nationallied, und es ist überaus symbolisch, daß man auch hier auf alles zurückgriff und ausgerechnet das wohl anderen Verhältnissen entsprechende, heute aber eine nationale Ueberhebung darstellende und darum mit Recht verpönte Deutschlandlied wählte. Ein anderer Mangel ist auszuheben, war der Republik am dritten Jahrestage ihrer Verfassung wohl nicht möglich.

Aber, wie gesagt, diese Uebernahme des alten Liedes aus dem Viederhort der Monarchie ist symbolisch. Sie drückt aus, daß die heutige Republik sich getreu und ideell an das vergangene anlehnt und peinlich befragt ist, keine neuen Wege zu begehen.

Darüber braucht man sich ja auch gar nicht zu wundern, denn schon man auch nur flüchtig in die technische Organisation des neuen Staates hinein, so wird man sofort entdecken, daß sich eigentlich recht wenig verändert hat. Ueberall thronen noch die alte Adelsbürokratie. Nur die Spitzen in den höchsten Ämtern sind abgebrochen worden. Der Menschenapparat aber ist derselbe geblieben und — was noch bedenklicher ist — er erneuert sich genau nach denselben Gesetzen, die in der Monarchie herrschend waren. So sind beispielsweise noch heute alle Spitzenbeamte im auswärtigen Amt in Berlin Adlige. Alle kaiserliche Beamte entscheiden über Aufnahme neuer Beamten und sind Leiter der Diplomatenschule, aus welcher der Nachwuchs hervorgehen soll. Da ist es denn nur allzu begründet, wenn der Legationssekretär a. D. A. u. o. T. e. m. a. n. n., der wiederholt auf die skandalösen Zustände im auswärtigen Amt hinwies, öffentlich in die Klage ausbricht:

„Wer noch heute als Beamter im Außenministerium seiner republikanischen Gesinnung Ausdruck zu geben mag, der kann gewärtig sein, daß er entweder auf die Strafe speziert wird, oder daß ein Hinterzimmer, vier Treppen hoch, nach dem Hofe zu, das heißt irgend ein minderwertiges Referat, ihn aufnimmt.“

Obgleich unsere republikanische Realeruna seit Jahren wissen muß, daß heute nur das deutsche demokratische Moment internationalen Vertrauen genießt, hat sich der Geist seiner Behörde, durch die menschen Adelspolitik getrieben werden soll, mit dem Umsturz kaum geändert. Und gegen diesen ebenso unberechtigten wie unerbittlichen Zustand haben bisher alle angeblich republikanischen Außenminister nicht das geringste auszurichten vermocht. Und ganz richtig schreit Tlemann:

„Mit leeren Demonstrationen und papiernen Resolutionen ist für unsere deutsche Republik gar nichts getan. Nur haben das Kind beim Namen nennen und endlich Adelshilfe schaffen! Das allein ist das Gebot der Stunde!“

Leider wird dieser Appell an den Mut wenig nützen, denn eben an Mut gebricht es den Vertretern der heutigen Republik und dieser Mangel an Mut ist es denn auch, der die deutsche Republik zum Kinderspielt der Welt gemacht hat. Und dieser Mangel an Mut hat die Republik auch durch ihre Verfassungsfeste nur neue Argumente gegeben.

Sonderbare Ehrbegriffe

Das Gesetz zum Schutz der Republik verpflichtet jeden zur Anzeigebildung, der von einem Nordpolen oder von einer Wörbervereinsmann Kenntnis erlangt. Nur Geistliche, Eltern, Kinder, Gatten und Geschwister sind von der Anzeigepflicht entbunden. Recht kommen die deutschnationalen Rechtsanwälte her und verlangen für sich die gleiche Ausnahmestellung, weil diese Gesetzesbestimmung ihrer Anwaltstätigkeit zu nahe trete. Die Herren Rechtsanwälte sollten eigentlich wissen, daß nach dem § 139 des Strafgesetzbuches bei einer ganzen Reihe gemeingefährlicher Verbrechen jeder zur Anzeigebildung verpflichtet ist, auch die Angehörigen. Das Gesetz zum Schutz der Republik ist also bedeutend milder als das Strafgesetzbuch. Sollte die „Anwaltsehre“ der deutschnationalen Rechtsanwälte nicht ein Deckmantel für andere Beweggründe sein?

Ostpreußen und die Reichsflaggen

Am 2. August ist die Dämmerung eröffnet. Obwohl dies eine rein wirtschaftliche Angelegenheit ist, wird sie doch zum Gegenstand politischer Demonstrationen gemacht. Im „Berliner Tageblatt“ lesen wir:

„Die Frage ist noch immer ein peinliches Kapitel, zumal im ostarischen Osten. Von dem Reichamt einer künftigen Organisation, waren die Anzeigebildung in korrekter Weise mit den schwarz-rot-goldenen Reichsflaggen geschmückt worden. Die Anmarschstraße vom Bahnhof zur Anzeigebildung war vollständig „neutralisiert“. Phantasieländchen webten über Monarchisten und Republikanern, keinem zur Luft und keinem zum Leide. Die private Besetzung seitens der einzelnen Anzeigebildung im Anzeigebildungslande war dagegen von schwarz-weiß-roter Einheitsart und eindeutig. Kein einzelnes schwarz-rot-goldenes Fähnchen störte die monarchistische Harmonie, gerade als ob man in die monarchistische Harmonie die Reichsflaggen nicht einblenden und in Ostpreußen die Reichsflaggen nicht kennen oder orientativ ignorieren wollte. Keinen anderen Eindruck konnte ein unbefangener Beobachter haben! Auch den Berliner Firmen, die die Dämmerung bestrahlten, schienen die Reichsflaggen noch immer unbekannt geblieben zu sein. Ob die gleichen Firmen, wenn sie in den nächsten Wochen zur Frauentage erscheinen, dort wohl auch Schwarz-Weiß-rot tragen? Oder passen sie sich der jeweiligen Umgestaltung an, hier Schwarz-Weiß-rot, dort Schwarz-Weiß-rot, unter

Banfdirektor Ehrhardt

Natürlich: Monarchist vom Scheitel bis zur Sohle

In der von uns bereits mitgeteilten Vergangenheit des zweifelhaften Direktors Emil Schaefer von der Ehrhardt-Großbank wollen wir für heute zur Vervollständigung des Bildes dieses ebenbürtigen Ehrhardt-Freundes, noch folgendes nachtragen: Der Gauner Schaefer hat die ihm von den Schweizer Gerichten zudiktierte Zuchthausstrafe nicht abgelehnt. Es war ihm damals gelungen, Gelder zur Kautionstellung aufzutreiben. Er wurde alsdann flüchtig und zog es vor, bei den Revisionsverhandlungen des Schweizer Gerichtes lieber gar nicht erst zu erscheinen. Deuten gegenüber, die seine Vergangenheit kannten, spielte er den Märtyrer der Besinnung und erzählte, er sei in der Schweiz nur verurteilt worden, weil er als „Entente-Feind“ und „echter Deutscher“ dabeist verhaftet war. Auf diese Weise hat er selbst die ungarische Regierung täuscht.

Im Januar 1921 kam Schaefer nach Deutschland und gründete hier gleich drei Geschäfte, und zwar die Filubank A.-G., die Roland A.-G. und die Zeitungsgesellschaft m. b. H. Das alles vollbrachte Schaefer innerhalb 4 Wochen! Selbstverständlich wurde diesem Gauner bald der Boden wieder zu heiß unter den Füßen und er verduftete nach dem Ausland. Im März 1921 war er in Wien, suchte und bekam Verbindung mit der ungarischen Regierung und erhielt sogar einen Diplomatenpaß nach Budapest. Schaefer verhandelte mit der ungarischen Regierung, legte ihr ein Exposé vor, worauf er

3 Millionen Kronen

zur Verfügung gestellt bekam. Die Kronen wurden auf der Mittelbank in Budapest hinterlegt. In dem Schaefer'schen Exposé, womit er seine Gaunerei bei der ungarischen Regierung bewerkstelligte, heißt es u. a.:

Meine Vergangenheit rechtfertigt die nachstehenden kurzen Gedankengänge:

Ich bin Monarchist vom Scheitel bis zur Sohle und habe dies in den letzten 7 Jahren in Wort und Schrift bewiesen. Selbst der Parteinteressen entsprechende Umsturz mit allen seinen Folgen konnte mich nicht „umwandeln“. Unzählige Male habe ich gegenüber allen materiellen Lockungen an meinem Standpunkte festgehalten.

Als Reichsdeutscher habe ich bis zum Kriegsende meine Pflicht getan (als Drückerberger D. Red.) und selber verbissen zugehauen, wie es nach meiner Voraussage kommen mußte. Ich habe viel, unendlich viel an der Entente-propaganda in der Schweiz geleistet und Deutschland frühzeitig Warnung gegeben, die vielleicht gar ein anderes Kriegsende gesichert hätten. Leider mußte ich folgen, und es kam, wie es unheimlich kommen wollte. Auf jeden Fall: Die Volkmeinung hat ein jeder für sich, der sie sich wirbt. —

Ungarn konnte ich seit dem Umsturz gar nicht. Ich mußte daher glauben, was mir die Presse sagte. Erst in den letzten acht Tagen korrigierte ich meine so erworbene Meinung. Ich hörte bereits in Wien von Fremden und überzeugte mich nun in den wenigen Stunden (!!!) meines Aufenthaltes, daß die Gegend Ungarns nur die Wiederkehr der elementarsten Ordnung als „weißen Terror“ bezeichnen. Begreiflich, denn die Forderung nach Achtung vor den Gesetzen ist allein jenen unangenehm, die aus dem Chaos für sich oder für ihr Land Vorteile zu erschaffen suchen (siehe Emil Schaefer, Die Red.).

Ich sehe für mich eine Lebensaufgabe, am Wiederaufbau Mitteleuropas dergehalt mitzuwirken, daß ich am Beispiel Ungarns den übrigen „Besetzten“ zeigen sollte, welchen Weg sie zu ihrer Konsolidierung gehen müssen. Meinem Heimatlande, für das ich unter den geschicktesten Verhältnissen zurzeit nicht wirken kann, erwiese ich sicherlich den größten Gefallen, denn dort wissen nach den neuesten Märzunruhen sogar die Arbeiter, wie sich ihre Verführer sichern und sie selbst die zu Tausenden zur Schlachttank geführten Opfer sind. Da fällt es nicht mehr schwer, zu beweisen, daß es auch dann nicht „weißer Terror“, sondern Gerechtigkeit wäre, wenn man die Heber, statt vor milde Sondergerichte zu stellen, auf offener Straße hängen würde.

dem Gesichtspunkt des Geschäfts? Es wäre interessant festzustellen, ob gewisse Kreise des deutschen Völkchens wirklich das politische Rimikro treiben.“

Vändlich, stilllich. Man ist eben in Ostpreußen, wo nach dem Urteil der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ der rote Demokrat noch immer konservativer ist als ein Deutschnationaler aus dem Westen. Und diese Stadt wählte einst einen Johann Jacob zu ihren Ehren und war zwei Jahrhunderte hindurch Portämperin Hieronymus Rhode der trotz jahrelanger Gefangenschaft den hohenkollischen Kurfürsten nicht im Gnade hat würde netze Augen machen, wenn er sehen könnte, wie kaiserliche Spionen geworden sind.

Von der Reichsbahn

Am Donnerstag fand die erste Sitzung des Reichs-Eisenbahnrates statt, in der Staatssekretär Stieler in Vertretung des Reichsverkehrsministers eine Erhöhung der Gütertarife ankündigte. Die Erhöhung soll 50 Prozent betragen und am 1. September in Kraft treten. Der Grund der Erhöhung liegt in der starken Marktenwertung der letzten Wochen. Außerdem wies der Staatssekretär auf die unzureichende Kohlenverfügung der Reichsbahnen hin. Die deutsche Kohlenproduktion liefert der Reichsbahn entgegen der Zusage des Reichs-Kohlenkommissars nur zwei Drittel des Tagesbedarfs. Auch hinreichende Vorräte englischer oder Saar-Kohle hätten sich nicht beschaffen lassen. Die ausländische Kohle sei überdies doppelt so teuer, als die inländische und 40 mal so teuer als zu Friedenszeiten. Die unzureichende Kohlenverfügung der Reichsbahnen gebe großen Beschränkungen hinsichtlich der Bewältigung des Verkehrs nach Raum.

Tarifpolitik und Wagenmangel waren wiederholt der

Materielle Interessen, sofern sie weiter gehen, als was das Leben erfordert, stelle ich im Interesse der hohen Aufgabe für meine Person ganz in den Hintergrund.

Ich möchte mir einen idealen Lohn erbitten, der mir im ferneren Leben nützlich wäre, doch darüber erst dann diskutieren, wenn ich meine Mission erfüllt hätte.

Ich habe als Direktor von drei Verlags-Aktiengesellschaften die ich zu gleicher Zeit während des Krieges in der Schweiz leitete, wohl mehr Erfahrungen gesammelt, als die meisten Fachleute solche besitzen. Die gesamte Presse Europas ist mir bekannt und meine Verbindungen reichen fast überall hin.

Mein Ziel ginge dahin, den von mir geleiteten „Internationalen Pressedienst“ (ipd) in Zürich für meine Interessen zu gewinnen, eine Leitartikel-Korrespondenz anzugliedern und Filialen in Paris, Rom und Berlin zu errichten, welche neben der Schweiz die gesamte Presse jener Länder bedienen könnten.

Ein schweizerisches Unternehmen hat alle Aussicht — besonders, wenn es wie der ipd gut eingeführt ist — sicheren vollen Erfolg um so mehr, als ich als Deutscher in den Vordergrund trete und meine einflussreichen Schweizer Freunde in die Front stelle.

Selbstverständlich erfordert ein derartiger Plan in ungarischer Währung anfänglich außerordentlich große Mittel.

Fände ich dagegen das Vertrauen der hohen ungarischen Regierung, so würde ich auch hier einen Ausweg, der wohl Sicherheiten, die restlos wieder frei würden, bedingte, aber keine Vermittel in Umlauf brächte, ein Vorteil, den kein anderer Staat besitzt.

Die Mittel würde ich mir auf dem Kreditwege sichern und ein event. Anfangsverlust durch eine einfache Dividendenaktion einbringen, worauf ich in mündlicher Konferenz gern ausführlich zu sprechen komme.

Diese letzte Idee wäre gleichzeitig, dank meinen Verbindungen zu führenden Banken, von ausschlaggebender Wichtigkeit zur Hebung der ungarischen Krone.

Was ich mit meinen Schweizer Freunden in der Presseangelegenheit erreichte, weiß ich nicht genau. Ich weiß im allgemeinen nur, daß ich alles erreichte, was ich will. Eventuell könnte meine Aktion auch nur auf die Schweiz — ohne Paris, Rom, Berlin — beschränkt bleiben.

Bevor ich Budapest verlasse — und es muß dies in wenigen Tagen sein — will ich nur wissen, ob meine Anregung auf Interesse stößt, und auf welcher Basis ich in der Schweiz berechtigt verhandeln darf. Dann kann ich — sicher mit Erfolg — bald wiederkehren.

Eine größere Kompetenz besitze ich z. B. nicht.

Da meine Zukunft von der absolutesten Verschwiegenheit abhängt, brauche ich nicht zu versichern, daß ich allein schon in meinem Interesse volle Diskretion wahre und überall als Selbstkontrafent aufträte.

Budapest, 25. April 1921.

gez. Emil Schaefer.

Dieses Bild eines gerissenen Gauners — selbstverständlich „Monarchist vom Scheitel bis zur Sohle“ — wäre nicht vollständig, wenn nicht noch folgendes Erwähnung fände: Der verhältnismäßig junge Schaefer war natürlich auch im Kriege heerespflichtig. Aber als „echter Deutscher“ versuchte er sich auf alle mögliche Art und Weise zu drücken. Schließlich verfiel er auf folgenden Plan: Er gründete eine Zeitung. Sie hieß „Das freie Wort“ und machte „Politik“ im Sinne der Vaterlandspartei. Das half. Schaefer wurde reklamiert und dies reklamiert, obwohl „Das freie Wort“ schon nach einem halben Jahre wieder einging. Einer seiner ständigen Mitarbeiter war übrigens Karl von Heibstreu, dem Schaefer noch mit dem Honorar durchbrannte.

Alles in allem: Emil Schaefer ist wie geboren für Ehrhardt und seine Freunde, die „alle Monarchisten vom Scheitel bis zur Sohle“ sind. Leider konnten wir nicht feststellen, zu welcher Gruppe in der Deutschnationalen Partei Schaefer sich zählt.

Grund zu bestiaen Anariffen jener Kreise, die unangeseht auf die Privatfirma der Reichsbahnen drängen. Diese Kreise verlangen Vorauszahlungen und trotzdem Ueberhöhm-wirtschaft. Die Gütertarife sind bei weitem nicht in dem Maße anstiegen, wie die Warenpreise. Soll überhaupt eine Bilanzierung der Eisenbahnausgaben und Einnahmen herbeiführt werden, ist die Anzeigebildung der Gütertarife auf den Warenpreis noch das am ehesten gerechtfertigte Mittel. Auf keinen Fall läßt sich aus der Notwendigkeit der Gütertariferhöhung eine volkshädende Wirkung der Verstaatlichung der Eisenbahnen herleiten. Die Industriellen, und nicht zuletzt die Treiber der Entstaatlichung der Reichsbahn, warten nicht einmal mit Preisserhöhungen für die von ihnen auf den Markt gebrachten Waren so lange, bis sie durch gesteigerte Herstellungskosten notwendig werden. Wir haben erst gestern eingehend darauf hingewiesen, wie Industrielle mit ihren Preissteigerungen sogar den Dollarkurs anzuheben voraussetzen. So wirken sie verteuern über die Weltmarktpreise hinaus und treiben auch die Eisenbahnverwaltung, die man übrigens bei Preissteigerungen noch besonders zu sichern vermag, in immer größere Verwaltungsschwierigkeiten hinein, denen sie auch nur durch Tarifserhöhungen Herr werden kann.

Die Personentarifserhöhungen müssen sich unter allen Umständen im Rahmen der Gehalts- und Lohnsteigerungen halten. Diese Gewähr ist aber gerade unter Selbsthaltung des Staatsbetriebes am ehesten gegeben. Würden die Eisenbahnen dem Privatkapital ausgeliefert, so würde man sich herzlich wenig um solche Notwendigkeiten kümmern, sondern ungeniert und ungehemmt die heutige Preispolitik auf dem Warenmarkt, auch auf den Eisenbahnerwerb übertragen und darüber hinaus, die durch die Verfügung über das Verkehrsweisen gegebene Macht zu gewaltpolitischen Maßnahmen für nackte Gewinn- und Konkurrenzinteressen mißbrauchen.

Morgen 10 Uhr: Deutsch-Englische Friedenskundgebung in der Brauerei Friedrichshain

Her mit der Sozialisierung des Hausbesitzes

Vierfache Friedensmiete — Die Folgen des Reichsmietengesetzes Die Aufgabe der Mieterräte

Die am ersten Oktober eintretende starke Erhöhung der Mieten auf das etwa vierfache der Friedensmiete, das heißt, etwa eine Verdoppelung der augenblicklich gezahlten Mieten, ist die unmittelbare Folge des vom Reichstag in seiner letzten Sitzung angenommenen Reichsmietengesetzes. Dieses Gesetz wurde im Reichstag mit den Stimmen der gesamten Linken, der Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten angenommen. Die Parteien, die für dieses Gesetz stimmten, waren sich darüber im Klaren, daß auf Grund dieses Gesetzes eine Erhöhung der Mieten nicht zu vermeiden ist. Sie stimmten trotzdem dem Gesetze zu, weil sie darin die einzige Möglichkeit sahen, die Interessen der Mieter rechtlich zu sichern, auch in einer Zeit, in der an eine Sozialisierung des Hausbesitzes noch nicht herangegangen werden konnte. Die Kommunisten hindert das natürlich nicht, jetzt ein fürchtbares Geschrei zu erheben und sich einmal wieder als die alleinigen Vertreter proletarischer Interessen anzupreisen. Die „Freiheit“ wies bei der Darlegung der neuen Mietverhältnisse darauf hin, daß diese Erhöhung eine ganz außerordentliche Belastung der Mieter darstellt, und daß die Folgen dieser Belastung eine unmittelbare Steigerung der Bewegung für die Enteignung des Hausbesitzes sein muß. Wir schreiben ferner, daß, wenn die Mieterorganisationen und Mieterräte ihre Pflicht tun, zwar dem Hausbesitzer keine übertriebenen neuen Einnahmen ausfließen werden, daß aber das Risiko der Erhaltung der Häuser jetzt von den Mietern getragen wird. Dadurch wird der Wert der Häuser dauernd gehindert, bzw. ihr Sachwert erhalten. Schon aus dem Grunde muß viel härter als vorher verlangt werden, daß diese von dem Gelde der Mieter erhaltenen Werte nicht zu Spekulationsobjekten in den Händen ihrer zufälligen Besitzer werden, sondern in den Besitz der Allgemeinheit unter genossenschaftlicher Verwaltung der Mieter übergehen.

Gerade die Bestimmungen über das Umlageverfahren im Reichsmietengesetz zwingen die Mieterkreise zu planmäßigem Zusammenschluß und planmäßiger Vertretung ihrer Interessen. Diesen Interessen ist natürlich mit den kommunistischen Parolen nicht gedient. Diese Parolen werden ja auch gar nicht aufgestellt, um eine wirklich planmäßige Arbeit für die Mieterschaft zu ermöglichen. Gerade in der praktischen Arbeit werden die Mieterorganisationen sehr bald erkennen, daß eine Einseitigkeit allein auf einen Kampf um mögliche Niedrighaltung der Mieten weder ihnen noch dem Volksganzen dient. Worauf es ankommt, ist, daß die Gelder, die für die Erhaltung und Instandsetzung der Häuser aufgebracht werden, nicht einem kleinen Kreise gewissenloser Grund- und Häuserpekulanten zugute kommt. Als wir am ersten Tage auf diese Entwicklung hingewiesen, wurden wir von der „Noten Fahn“ wie üblich deswegen beschimpft.

Jetzt muß die „Noten Fahn“ selbst schreiben, daß es nicht auf den Kampf um die Prozedente, sondern auf die Enteignung des Hausbesitzes ankommt. Es wäre aber eine hohle Demagogie und ganz unsozialistische Feindschaft, wenn wir nicht von vornherein darauf aufmerksam machen würden, daß auch eine Enteignung des Hausbesitzes, selbst wenn sie sich unter den denkbar günstigsten Bedingungen vollziehen sollte, d. h. wenn für die Häuser nur der Friedenswert in Papiermark bezahlt würde, trotzdem für die Mieterschaft eine Steigerung der Mieten nicht verhindern können. Denn die Erhaltung der Häuser ist eben heute, wo alle Preise auf das Hundertfache gestiegen sind, selbstverständlich nicht mehr mit der alten Friedensmiete zu ermöglichen. In zahlreichen Gemeinden, wo sozialistische Mehrheiten energisch für Häuserbauten einsetzten sind, haben das die Gemeindeverwaltungen selber erfahren müssen. Hinzu kommt noch, daß auf irrendeine Weise Gelder für Neubauten beschafft werden müssen und daß zu diesen Neubauten für die zahllosen Obdachlosen auch

diesemigen beitragen müssen, die jetzt im Besitz einer Wohnung sind. Etwas ganz anderes ist es, ob diese Gelder, die urch die sogenannte Wohnungsbaubausgabe bishe: beschafft worden sind, immer richtig angewandt wurden. Darüber läßt sich selbstverständlich reden. Nur haben die kommunistischen Vertreter bis jetzt dazu noch niemals abweichende Vorschläge gemacht.

Heute heißt es für die breiten Volksmassen, sich selber helfen und eigene Initiativen entfalten. Durch den steigenden Druck der Massen muß es möglich gemacht werden, den Hausbesitz in genossenschaftliche Verwaltung zu überführen. Die plumpe Demagogie, die gar nicht helfen, sondern nur verwirren will, wird sich dabei von selbst „entlarven“.

Mehr Gefrierfleisch für Berlin

Der Magistrat hat durch ein Rundschreiben sämtliche Bezirksämter auf die Notwendigkeit der weiteren Bevölkerungsfreie hingewiesen und angetrieben, daß die Bezirksverordnungen-Veranstaltungen wegen Beschaffung arbeitsloser Mengen von Gefrierfleisch geeignete Vorschläge zu unterbreiten. Die Bezirke haben sich zum Teil schon mit dieser Frage beschäftigt und der Kurenung des Magistrats grundräßig zugestimmt. Es kam dabei im allgemeinen zum Ausdruck, daß durch große Einfuhren von ausländischem Gefrierfleisch eine Schädigung der Großberliner Schlächter nicht eintreten werde, da ja dieselben Bevölkerungsmassen, welche wäter Gefrierfleisch nehmen, bereits jetzt bei den Schlächtern nur noch in ganz geringem Umfange einkaufen. Die Schlächtermeister, die immer lebhafter über Kundenmangel klagen, könnten sogar ihren Absatz wesentlich heben, wenn sie bereit sind, Gefrierfleisch zu vorabgeschriebenen Preisen neben dem Frischfleisch abzugeben. Andersfalls müßten die Bezirke eigene Verkaufsstellen für Gefrierfleisch einrichten. Raum möglich werde es dagegen sein, daß die Bezirke selbstständig die Beschaffung von Gefrierfleisch übernehmen. Das werde doch wohl die Aufgabe einer Zentralstelle sein müssen, die dann die Verteilung nach dem Bedarf der einzelnen Bezirke vornehmen. Das hört sich nun alles hübsch an. Die Nachfrage nach gutem und preiswertem Gefrierfleisch ist auch tatsächlich sehr stark, aber die geringen Mengen guten Gefrierfleischs, die man am Markt findet, sind ja gar nicht mehr billiger. Die Preise haben sich unter dem Druck der Notwendigkeit für Frischfleisch immer mehr angehoben, sie fast schon erreicht. So beträgt die Preisspanne bei Suppen- und Dinstfleisch nur noch 2-3 Mark pro Pfd. Damit fällt aber die ganze Frage ins Wasser. Große Mengen Gefrierfleisch können nur dann auf Absatz rechnen, wenn der Preisunterchied gegen Frischfleisch ein sehr erheblicher ist.

Das Sportfest des I. Kreises des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Am Sonntag, den 20. August, veranstaltet der I. Kreis (Brandenburg) sein diesjähriges Sportfest im Stadion Grünwald. Ein außerordentlich reichhaltiges leichtathletisches Programm läßt auf allen Gebieten guten Sport erwarten, zumal aus allen Arbeiter-Sportzentren Deutschlands zahlreiche Meldungen vorliegen. Leipzig, Düsseldorf, Mannheim, Stettin usw. werden ihre besten Kämpfer an den Start schicken. Im Vordergrund stehen weiter die Kinder, die mit Massenfreilübungen das Fest einleiten werden. Ihre Massenbarrensprünge werden wieder Zeugnis von der vorzüglichen Arbeit in den Arbeiter-Sportorganisationen ablegen. Die Turner bringen ein Massengeräteturnen an Red, Barren und Pferd für Jugendliche, Frauen und Männer, während die Hockeyspieler der MSV.

durch ein gutes Wettspiel für ihren Sport Anhänger innere halb der Arbeiterschaft werben wollen. Beginn der Vorkämpfe vormittags 8 Uhr, Hauptkämpfe nachmittags 2 Uhr.

Erhöhung der Milchpreise

Von Montag, den 21. August d. J. ab beträgt der Preis für Kartennmilch 20 Mark je Liter, für freie Vollmilch 24 Mark je Liter. Die Preise sind für Kleinhandelsgeschäfte und Abmelkewirtschaften (Molkereien) die gleichen. Die A-I- und A-II-Milchkarten werden wie bisher mit je 4 Liter, die B-I- und B-II-Milchkarten sowie die Karten für werdende Mütter (A-Karten) wie bisher mit je 2 1/2 Liter Frischmilch täglich beliefert.

Der Wasserportplatz Plögnsee

Die in der Nähe des Bahnhofs Benselstraße am Plögnsee errichtete Spiel- und Badeanlage, die bekanntlich vom Bezirksamt Bedding gemeinsam mit den Schwimmvereinen aller Richtungen betrieben wird, hat trotz der bisherigen ungünstigen Witterung schon über 150 000 Besucher gehabt. Dazu kommen noch weitere Tausende von Schwärmer, die in Begleitung ihrer Lehrer freien Zutritt haben. Durch das Bezirksamt Bedding sind an bedürftige Kinder durch die Schulen 3000 Freikarten verteilt worden, die von den Anhabern sehr rege benutzt werden, so daß anzunehmen ist, daß bereits die Zahl von 200 000 Besuchern überschritten wurde. Neuerdings wird die Anlage auch vielfach von Vereinen in Anspruch genommen, die bei gemeinlichem Besuch trotz der geringen Eintrittspreise von 1 Mark Erwachsene und 50 Pf. für Kinder noch eine Ermäßigung erhalten. Der Entwidlung der Anlage kommt außer ihrer günstigen Lage für Wasser-, Luft- und Sonnenbäder auch ihre unmittelbare Nähe an die dichtbevölkerten Stadtteile Bedding und Randsbit zu. Die Bevölkerung dieser Gegend, die diese Freibadstelle zwar schon seit Jahren kennt, hat den Plögnsee sonst wegen der außerordentlich hohen Gefahr und der dadurch entstandenen großen Zahl tödlich verlaufener Unfälle vermieden. Erst durch die geschaffenen Sicherheitsvorrichtungen und den durch die beteiligten Schwimmvereine musterhaft durchgeführten Ueberwachungs- und Rettungsdienst sind die Gefahren beseitigt worden, so daß bis heute, trotz der riesigen Besucherzahl, die an einzelnen Tagen die Zahl von 8000 erreichte, noch kein Unfall passiert ist. Für das nächste Jahr ist ein bedeutender Ausbau der Anlage geplant. Die städtischen Behörden haben dazu einen hohen Zuschuß in Aussicht gestellt.

Zu dem Raubmord bei Züterbog

Die inzwischen fortgeschrittenen Ermittlungen in der Angelegenheit des Züterboger Raubmordes haben jetzt ein genaueres Bild von dem schweren Verbrechen, dem der Rauter Hause zum Opfer gefallen ist, ergeben. Der Ueberfallene befand sich, wie die „Dona“ erzählt, mit einem mit zwei Pferden bespannten Wagen der Schlichter-Papenhofer-Brauerei auf einer Landtour. Auf der Landstraße zwischen Zelterndorf-Hohen-Abildorf, als er sich schon wieder auf dem Heimwege befand, ist er dann am 16. d. Mts. gegen 1/11 Uhr abends überfallen und ermordet worden. Der Täter schloste die Leiche in einen Chauffeurwagen, wo er sie mit Stroh bedeckte. Am nächsten Morgen wurde sie hier von zur Arbeit gehenden Maurern entdeckt. Die Leiche wurde von dem Täter ausgehoben und an einen Baum gebunden. Damit sie nicht allein den Weg nach Züterbog antreten konnten. Der Wagen aber wurde vorher von ihm in ein Loch, etwa 800 Meter vom Talort entfernt, gefahren, wo er, von Busch und Strauchwerk vollkommen verdeckt, von der Chauffee nicht sichtbar war. Hier fanden ihn erst am nächsten Morgen die Polizeibeamten. Während man zuerst annahm, das Haus erschossen worden sei, sprechen jetzt die Anzeichen dafür, daß er durch Erschlagen getötet worden ist. Die Leiche, die in der Kirche von Hohen-Abildorf aufbewahrt wird, weist tiefe Kopfwunden sowie eine schwere Verletzung des rechten Anses auf. Die genaue Todesursache dürfte erst die heutige Obduktion ergeben. Heute hatte etwa 6000 M. in barem Gelde bei sich, die von dem Täter geraubt wurden, während sich auf dem Wagen nur leere Wasser- und Bierflaschen befanden. Der Getötete stand im 36. Lebensjahre und hinter-

Der Entgleiste

Roman von Wilhelm Holzamer.

(23. Fortsetzung.)

Nun waren sogar auch die Eulenmüllerbuben manchmal im Hause, und da war es dem Philipp immer ein Bedürfnis, etwas Besonderes anzustellen — und es lag da nichts näher, als in den Gärten ein wenig zu räubern oder dem Nachbar einen Schabernack zu spielen — denn er fühlte sich unbehaglich, wenn er mit den reichen Eulenmüllerbuben in seiner armlüchigen Stube bleiben sollte. Er genierte sich. Er spürte, daß er ihnen nachstehe. So dachte er instinktiv eine Gelegenheit zu schaffen, wo der Abstand ausgeglichen wurde und er zu seinem besseren Rechte kam. An Behendigkeit, Schlaueit und bösen Anschlägen war er ihnen dann oft überlegen, in der Ausführung mindestens gleich — sie waren ja alle drei das richtige Raubzeug — und so trug er jedesmal trotz der armlüchigen Wohnung noch ein richtiges Stolzgefühl von den Zusammenkünften nach.

Zu der Musik war der Philipp kein Feld. Aber er hatte ein ganz gutes Gehör und auch einige Liebe zur Musik. Am liebsten freilich war sie ihm deshalb, weil er sie zu allerhand Allotria und Fagen gut brauchen konnte. Ist, wenn der Philipp den grünen Sack mit der Geige auf dem Rücken trug, war's nicht, um in die Stube zu gehen, sondern um sonst wie bei einer Gelegenheit — meist in der Eulenmühle — sein Liedchen zu tragen. Und ein paar Mal hatte ihn der Uebermut verleitet, seine Geige spielend durch die Zieglergasse zu gehen, wenn es schon Abend geworden war und die Leute schon bei Tisch saßen — er freute sich dann, wenn er verschwinden konnte, sobald sie die Fenster anfrühen. Gewöhnlich hatte er sie dann auch noch beim Essen gestört, und obgleich sie ihn nicht sahen, riefen sie ihn dann doch meist ein zorniges „Laudub“ nach.

Einmal war dem Philipp der Spengler Schlüssel begegnet, als er gerade aus dem Mainzer Gantor herausgehen wollte. Der Schlüssel war ein guter

Mann, er hatte nur eine böse Frau. Und wenn die auch auf die Kaiserflur und den Philipp sehr übel zu sprechen war, der Schlüssel mochte sie erst recht leiden. Er mochte alle Menschen leiden, die Streben zeigten.

Der Schlüssel hatte einen dicken schwarzen Schnurrbart unter der Nase, der die arme Nase ewig zu genieren schien. Sie war nicht allzu groß geraten, und mußte sich drum beständig recken, über den Schnurrbart sich hinüberzulehnen, um auch von der lieben Herrgottswelt, die nicht nur oben in der Luft ist, sondern auch unten auf der Erde, etwas gewahr zu werden. Wenigstens sah es so aus. Unter der harten Stirne, die von schwarzen, stracksen Haaren umrahmt war, hatte der Schlüssel zwei kleine kohlschwarze Augen funkelte, die ordentlich itachen, so scharf und fest blickten sie. Und hinter diesen Augen und hinter dieser vorgebauten Stirn lag sein Leben. Kein Mensch wußte davon, keinem Menschen verriet er davon. Er mußte es sogar verbergen vor den Menschen. Es war alles Denken und Gedanken bei ihm. Außerlich war er ein stiller und geschlagener Mensch. Er hatte die schlimme Frau, die ihm das Dasein zerquälte und keinen freien Atem ließ, und die ihn unter ihren Krallen hielt, wie ein Raubvogel seine Beute. Es hätte für den Aermsten nur eines gegeben: eines Tages ihr seinen schwersten Hammer auf den Schädel zu schlagen, um von ihr frei zu sein. Aber davor fürchtete er sich. Er lebte beständig in der Angst, das einmal in der Erregung und Verzweiflung tun zu müssen. Das verfolgte ihn. Und dazu forderte ihn die Frau bei jeder heftigeren Gegenrede, die er tat, auf den Hammer zu nehmen und sie totzuschlagen.

„Schlag mich nur tot, besinn dich nit, du Mörder, du Totschläger!“

Da wurde er ganz klein und ergab sich ganz ihrer Gewalt. Lieber ganz in ihrer Gewalt sein, lieber von ihr malträtiert werden bis aufs Blut, als ein Unheil anrichten und sich eine Schuld aufzuladen.

Und immer düsterer und tiefer wurden seine Augen, und es war geradezu, als ob sich seine Stirne immer mehr verschiebe. Denn immer mehr legte sich in sie hinein.

Der Schlüssel war ein Umstrizler. Wenn die Wahlen waren, dann schnellte er jedesmal ein wenig auf, aus seiner Geducktheit. Dann kam er in Eifer. Dann hielt es ihn nicht in seiner Werkstatt. Die Leute mußten dann warten, bis etwas bei ihm fertig wurde. Und sonst war er die Pünktlichkeit selbst gewesen. Dann rannte er über die Straße.

Die Ziegler sagten: „Er läuft wieder.“ Und wenn er so dahinschoß, riefen sie ihm zu, daß er einmal warten möcht, sie hätten was mit ihm zu reden. Der Schlüssel, der hinter den Menschen gar nicht so sehr das Schlechte als vielmehr das Gute sah, ließ sich auch aufhalten. Wenn er dann sah, daß er genarrt war, so schob er nur um so rascher davon. Dann lachten sie hinter ihm her.

Er hielt Frettschen, mit denen er die Lapsins jagte. Und weil die Frettschen auch so schnell dahinschießen, gab man dem Schlüssel den Namen nach ihnen. „Das Frettschen“ hieß er. Einige sagten, er sei ein Sozialdemokrat. Es sei alles im geheimen, was er tue. Er habe das Licht und die Polizei zu scheuen. Wirklich geschah's auch manchmal, daß Flugblätter in die Häuser kamen, ohne daß ein Mensch wußte, woher sie gekommen waren. Man verfiel dann immer auf das „Frettschen“ — sollte er's seinen Frettschen auch abgequält haben, in die Höhlen zu schlüpfen und den Papin draus zu verjagen? — aber kein Mensch konnte ihm etwas beweisen. Andere sagten, er habe einmal im Leben was perziert*, da müsse er sich zurückhalten. Sonst wäre er schon gewiß gegen Gott und Gesetz, gegen Gebot und Obrigkeit aufgetreten. Aber er büttete sich. Kaum daß er einmal ein Wort fallen ließ, dann war's wie ein Biß. Man vergaß es nicht. Es brannte weiter.

Er hatte gesagt: „Das Recht wechselt, es ist für keine zwei Menschen dasselbe.“ Und das Leben brachte Beispiele, wo das Wort wahr wurde. Dann fiel es jedem ein. Und es wurde etwas ganz Natürliches.

*) Etwas angestellt, sich zu Schulden kommen lassen.

(Fortsetzung folgt.)

Mit Frau und zwei Kinder im Alter von 16 und 18 Jahren. Für die vollkommene Aufklärung des Verbrechens und die Ermittlung der Mörder hat der Landrat von Altdorf 10 000 M. Belohnung und die Staatsanwaltschaft Potsdam die gleiche Summe ausgesetzt. Die Zeitung der Schultheißenhofischen Brauerei hat diese Belohnung noch um 20 000 M. erhöht.

Ein mysteriöser Mord in Neufölln

Gestern abend gegen 7 Uhr wurde der Metallschleifer Adolf Matuschel aus der Adalbertstraße 14 in Berlin auf Rudower Gelände an der Volkersdorfer Chaussee tot aufgefunden. Die Leiche des Matuschel wies an der linken Halsseite eine tiefe Schnittwunde auf, an der er verblutet ist. Die sofort einleiteten Nachforschungen der Kriminalpolizei fanden hatte. Trotzdem er die Tat auf das energischste bezeugte, wurde er wegen bearbeiteten Verdachts vorläufig in Haft genommen. Er gibt an, daß er sich mit Matuschel zusammen in das betreffende Gelände an der Volkersdorfer Chaussee zum Schlafen niedergelassen habe. Erst durch das Geschrei der vorübergehenden Leute, die den Toten liegen sahen, will er erwacht sein und von dem Geschehen erfahren haben. Das neben der Leiche aufgefunden und zur Tat benutzte abgedrochene Messer ist als das Eigentum Bolts festgestellt worden.

Stealth. Jugendweiche. Der Unterricht beginnt am Sonntag den 27. Aug., vorm. 10 Uhr im Arbeiter-Jugendheim Antephof, Ecke Reversstraße. Lehrer ist Genosse Studentrat Ruze. Anmeldungen werden noch bei folgenden Genossen entgegengenommen: Marquardt, Volksteinische Straße 31, Böhne, Treidelschrahe 17, Ruze, Siemensstraße 14, Müller, Berlinische Straße 5, sowie in beiden Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft. Auch am Tage des Unterrichtsbeginns ist Gelegenheit zur Anmeldung gegeben.

Jugendweiche Lichtenberg. Der Vorbereitungsunterricht zur Jugendweiche beginnt am Sonnabend, den 19. August, nachmittags 4 Uhr, im Gesangsraum des Jahn-Realschulums. Alle Genossen, deren Kinder die kritische Schule besuchen, und an der Jugendweiche teilnehmen wollen, müssen ebenfalls die Kinder dorthin schicken.

Wesentliches Gesangsconcert. Der „Neuföllner Sängerkreis“, M. d. U.S.P.D., veranstaltet am kommenden Sonntag, nachm. 5 Uhr, auf dem Herberaplatz sein zweites öffentliches Gesangsconcert. Zum Vortrag gelangen vorwiegend Volkslieder.

Internationaler Telegraphistenkampf. Am gestrigen Freitag begann im Reichstage der internationale Telegraphistenkampf. Mit Ausnahme von Frankreich und Belgien waren aus allen Teilen Europas Telegraphenbeamte erschienen, um sich an diesem friedlichen Wettkampf zu beteiligen. Italien ist durch nicht weniger als 80 Telegraphenbeamte vertreten. Die Vertreter der Telegraphie wurden von dem Reichstagspräsidenten Vöbe begrüßt. Vertreter Ungarns und Italiens nahmen ebenfalls das Wort. Nach einer Feier begann der Wettkampf der ausländischen und deutschen Bewerber auf den verschiedenen Telegraphenapparaten.

Milchpöntscher. In die heutigen Verhältnisse auf dem Lande leuchtete eine Verhandlung gegen die Frau des Pächters Grahl, die sich vor der Strafkammer des Landgerichts 3 wegen Nahrungsmittelvergehen zu verantworten hatte. In der gleichen Sache hatte die Vorinstanz auf 1500 M. Geldstrafe erkannt, gegen die der Staatsanwalt jedoch Berufung eingelegt hatte. Die von dem Gut zum Verkauf gebrachte Milch war, wie verschiedene Stichproben ergaben, mit einem Wasserzusatz bis zu 30 Prozent vermischt. Zur Verteidigung wurden in der ersten Instanz, wie auch in der gestrigen Verhandlung die unglücklichen Arbeiterverhältnisse auf dem Lande angeführt. Tirnen, Diebstehlen seien keine Seltenheit, die den nichtsohnenden Pächter u. U. auch die Milch austränken und sie dann verwässerten. Auf Grund der Beweisaufnahme jedoch nahm das Gericht vorläufige Handlungswiese an und verurteilte die Beklagte zu 1 Monat Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe. Die Geldstrafe soll in eine Geldstrafe von 900 Mark umgewandelt werden, wenn die Beklagte diese Buße zahlen will. Das Strafmaß, so führte der Vorsitzende aus, könnte bei derartigen Vergehen im Interesse unserer Kinder und Kranken nicht hoch genug bemessen werden, wodurch der Profitgier gleichzeitig ein Dämpfer aufgesetzt werde.

Großfeuer am Lehrter Bahnhof. An unmittelbarer Nähe des Lehrter Bahnhofs, in der Heidestraße, kam in der gestrigen Nacht Großfeuer in der Benzinfabrik von Hasselberg & Klintwort zum Ausbruch. In rascher Reihenfolge explodierten einzelne Benzinhaltbehälter und Karbidfässer. Die Nachbarschaft und der Verkehr der Lehrter Bahn waren aufs höchste gefährdet. Erst gegen Morgen war die Gewalt des Feuers abgebrochen. Bei den außerordentlich gefährlichen Löscharbeiten erlitten fünf Feuerwehrleute schwere Brandwunden.

Tödlicher Unfall. In der gestrigen Nacht gegen 2 Uhr wurde auf der Berliner Chaussee in Tempelhof unweit dem Bahnhof der 45 Jahre alte Buchhalter Karl Schulte aus Tempelhof tot aufgefunden. Neben ihm lag sein wertvolles Fahrrad. Die Annahme, daß es sich um einen Mord handeln könne, hat sich als irrig erwiesen. Allem Anschein nach ist Sch. von einem Wagen angefahren und zu Boden geschleudert worden.

Aus dem Wannee gelandet. Am Donnerstag erkrank im Wannee ein etwa 25 Jahre altes Fräulein. Die Unbekannte ist 1,60 Meter groß; sie trug einen weißen Tüllhut, ein weißes Kleid, eine grüne Jacke und gelbe Schuhe. Die Wädicke ist E. A. gekennzeichnet. — Am demselben Tage landete man aus dem Wannee die Leiche einer etwa 30 Jahre alten Frau, die unter anderen Sachen einen hellen Pelzrock und Männerkrämpfe trug. Papiere fand man bei der Unbekannten nicht.

Gewerkschaftliches

Gelber Brei

Kampfgemeinschaft der Christen und Deutschenationalen?

Aus dem Deutschen Landarbeiter-Verband schreibt man uns:

„Der Deutsche“, das Sprachrohr des Herrn Adam Stegerwald und der Spitzenorganisation der christlichen Gewerkschaften, nimmt andauernd scharf Stellung gegen die wirtschaftsriedlichen Berufsverbände. Wenn seinen Anschuldigungen Glauben beigegeben werden soll, wird er nicht umhin können, sich zu einem „streng vertraulichen“ Rundschreiben der Deutschenationalen Volkspartei zu äußern. In diesem heißt es:

„Die Sozialdemokratie ist wirtschaftlich und politisch der Feind der bürgerlichen Parteien und Organisationen. Ihr entschiedenster Gegner im politischen Kampf ist die Deutschenationale Volkspartei und in wirtschaftlicher Hinsicht sind es die christlichen Gewerkschaften. Diese beiden großen Verbände haben sich nun zusammengefunden zum gemeinsamen Kampfe gegen ihren gemeinsamen Feind. Das war um so leichter da ja die Führer der christlich organisierten Arbeiterschaft — Müller, Behrens, Lambach — selbst Mitglieder der deutschnationalen Arbeiterpartei sind.“

Die Deutschenationale Volkspartei ist nun in allen Kreisen die auf nationalem Boden stehenden Arbeiter innerhalb der christlichen Gewerkschaften zu deutschnationalen Arbeitervereinsgruppen (!) zusammen, die dann mit zunehmender Stärke der christlichen Gewerkschaften einen immer mehr rechts gerichteten Kurs nehmen mit dem Ziel: wirtschaftsriedliche Föhrung der Lohnkreditaktien und Zusammenfinden zum nationalen Volksstaat.“

Der Kampf, zu dem sich die christlichen Gewerkschaften und die Deutschenationale Volkspartei nach den Angaben des Rundschreibens zusammengefunden haben, richtet sich in erster Linie gegen die freien Gewerkschaften, denn nichts anderes bedeutet der angebliche Kampf gegen die Sozialdemokratie. Auch auf dem Gewerkschaftskongreß in Leipzig wandte sich der Reichsarbeitsminister Brauns gegen die „neue gelbe Bewegung“. Es ist als sicher anzunehmen, daß er dies nicht tat, ohne im Einklang mit der Spitze des Rundschreibens, daß die christlichen Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit mit den Gelben und der deutschnationalen Mördertruppe sich vereinigt haben soll. Wahrscheinlich ist dagegen, daß der deutschnationale Flügel der christlichen Gewerkschaften unter Führung des Herrn Franz Behrens und Genossen ein derartiges Uebereinkommen getroffen haben. Es entsteht dann die Frage: könnten Stegerwald, Brauns ufm. ein derartiges Bündnis mit ihrer Ehre und mit ihren sonstigen Anschauungen vereinbaren?

Wieviel Herr Behrens mit den Gelben und den deutschnationalen Arbeiterbänden zusammenzieht, beweist ein Schreiben von ihm vom 28. Juli, in dem er ihnen für ihre Maßnahmen bei Arbeitsvermittlung, Stellung von Anträgen an die Schlichtungsausschüsse ufm. Verhaltensmaßnahmen gibt. Das Zusammenarbeiten beider mit verteilten Rollen wird damit klar erwiesen und es wird dann auch verständlich, aus welchen Beweggründen dieser Fakultät der christlichen Gewerkschaften Gelber der deutschnationalen Unternehmern zugeflossen sind. In Wirklichkeit sind die um Behrens und Genossen „die neuen Gelben“, die unter falscher Flagge segeln und die aus tatsächlichen Gründen sich noch Gewerkschaft nennen, um so die Geschäfte der Deutschenationalen Volkspartei unerkannt und erfolgreich betreiben zu können. Was sagt die Spitzenorganisation der christlichen Gewerkschaften zu dem Verhalten der Behrens und Genossen, wenn sie die Vereinbarung mit der Deutschenationalen Volkspartei selbst ablehnt?

Generalversammlung der Transportarbeiter

Im Großen Saal des Gewerkschaftshauses fand am Donnerstag, den 17. August d. J., die Generalversammlung der Transportarbeiter, Bezirk Groß-Berlin, für das zweite Quartal 1922 statt. Der Geschäftsbericht lag gedruckt vor und wurde von dem Bezirksleiter Drimann eingehend erläutert.

Angriffsbewegungen ohne Streik fanden statt in 342 Fällen in 2151 Betrieben mit 275 134 Beschäftigten. An Mehrlohn wurden bei diesen Bewegungen erreicht 45 245 651,35 Mark. Angriffsbewegungen mit Streik fanden statt in neun Fällen in 158 Betrieben mit 3054 Beschäftigten. Der hierbei erzielte Mehrlohn betrug 501 454,60 Mark. Insgesamt wurden erreicht an Mehrlohn pro Woche 45 747 105,95 Mark. Der Kassenbericht zeigt einschließlic des Diskontostandes vom Vorquartal eine Einnahme von 11 061 018,51 Mark, die Ausgabe beträgt 9 041 522,81 Mark. Es verbleibt ein örtlicher Kassenbestand von 2 029 490,90 Mark. Der Verbandshauptkasse konnte in bar überwiesen werden der Betrag von 4 811 250,33. An Arbeitslosenunterstützung aus Verbandsmitteln gelangten zur Auszahlung 113 516,30 Mark, an Krankenunterstützung 105 775,90 Mark, Sterbefallunterstützung 80 099,— Mark, an Notfallunterstützung 11 040,— M. und an Streikunterstützung 274 625,05 Mark. Reichslohnunterstützung 4 893,66 Mark.

Ein Antrag der Bezirksverwaltung wurde angenommen, nach dem Streikunterstützung nur in Höhe der

gezahlten Beiträge zu zahlen ist, die das Mitglied bei Einleitung der Lohnbewegung an den Verband geleistet hat. Ein weiterer Antrag der Jugendsektion fand einstimmige Annahme, in dem die Bezirksverwaltung Groß-Berlin ersucht wird, sich an der Schaffung und Ausgestaltung von Jugendheimen zu beteiligen. Für die Aufbringung der Mittel zur Erhaltung der Jugendheime soll ein obligatorischer Beitrag erhoben werden, dessen Höhe für die organisierte Arbeiterschaft von Groß-Berlin durch die Gewerkschaftskommission einheitlich festzusetzen ist.

Die Delegierten wurden ersucht, in Mitgliederkreisen dafür einzutreten, daß die gestellten Beiträge nach dem Verdienstentkommen von allen in der richtigen Beitragshöhe entrichtet werden. Den Funktionären ist aufzugeben, mindestens einmal im Monat eine allgemeine Buchkontrolle vorzunehmen.

Die Buchbinder für den Kulturbeitrag

Am 16. August fand im großen Saal des Gewerkschaftshauses die Vierteljahresgeneralversammlung des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter statt. Aus dem Bericht des Bevollmächtigten Kasper ist zu entnehmen, daß sich die Zahlstelle auf entwickelt. Der Mitgliederbestand hat gegenüber dem 1. Quartal um 500 zugenommen und beträgt gegenwärtig 17 520.

Die vielen Einzelbranchen in der Organisation verlangten ein großes Maß von Arbeit und von zahlreichen Lohnabschlüssen, welche in diesem Berichtsquartal April-Juni von 4 zu 4 Wochen erfolgten. Die Konjunktur konnte im allgemeinen als gut bezeichnet werden. Die Arbeitslosigkeit hat sich in dem Berichtsquartal gegenüber dem 1. Quartal um etwas gehoben, jedoch ist dieses auf die härtere Pluktion der Mitglieder von einen zum anderen Betriebe zurückzuführen.

Ein großer Teil der Kollegenschaft begnügte sich mit den in den einzelnen Betrieben gezahlten Mindestlöhnen nicht, gab diese Stellen auf, um durch den Arbeitsnachweis eine über Tarif entlohnte Beschäftigung zu finden. Der Bestand der Lokalkasse am 1. Juli 1922 war 572 860,— Mark. Die Einnahmen betragen M. 911 895,— und die Ausgaben M. 338 995,—. Die Lokalbeiträge wurden erhöht und steht zu erwarten, daß in Kürze ein einschneidender Kampf um die Lokalkasse wieder zur Verfügung steht. Die Zentralkasse bilanzierte mit 1 418 285,54 Mark.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung begründete Gen. Kasper die Erhebung eines Kulturbeitrages durch die Gewerkschaftsmittglieder. Die Notwendigkeit für die proletarische Jugend Jugendheime, Bildungs- und Aufklärungsmöglichkeiten im Interesse der Gewerkschaften und des proletarischen Klassenkampfes zu schaffen, erkannte die Generalversammlung und nahm nahezu einstimmig den Vorschlag der Vorkonferenz an, allmonatlich von den männlichen Mitgliedern M. 1,— und von den weiblichen Mitgliedern M. 0,50 als Extrabeitrag für diesen Zweck zu erheben.

Amhof gab dann den Bericht vom Leipziger Gewerkschaftskongreß. Der Redner gab in seinen einstündigen Darlegungen eine Gesamtübersicht über den Verlauf des Kongresses und die Auswirkungen der dort gefassten Beschlüsse. Die ersten und Erfolge versprechenden Arbeiten des Verbandstages wurden anerkannt. Von einer Diskussion über die Tagung und den Bericht wurde Abstand genommen.

Berliner Wahlergebnis zum Verbandstag der Eisenbahner

Wie uns von der Wahlkommission mitgeteilt wird, konnte das Wahlergebnis infolge von Unzuträglichkeiten erst am 17. August endgültig festgesetzt werden. Die Wahlbeteiligung war außerordentlich schwach. Am Saunen wurden 7 044 Stimmen abgegeben, was einer Wahlbeteiligung von 34,21 Proz. entspricht. Gewählt wurden: Fenz (4188 Stimmen), Hohnstaedtler (4175 Stimmen), Schmiedke (4164 Stimmen), Hübner (4148 Stimmen), Sedinger (4073 Stimmen), Schäfer (2684 Stimmen) und Seelinska (2489 Stimmen). Insgesamt 651 Stimmen mußten für ungültig erklärt werden. Es ist dabei festzuhalten, daß die Entscheidung über die Unaktivitäts-erklärung ist lediglich auf Grund der statistischen Bestimmungen erfolgt. Die Behauptung der „Roten Röhre“, daß die Amsterdamer Vertreter in der Zentralwahlkommission das für die Kommunisten günstige Wahlergebnis umbiegen wollten, reicht an die Objektivität dieser Mitglieder nicht heran.

Wir behalten uns vor auf die Verbandstagswahl allenechtlich zurückzukommen.

Vertagung der städtischen Lohnverhandlungen. Die für Freitag mittag angelegten Verhandlungen der Berliner städtischen Tarifkommission zur Neuordnung der Augustlöhne der städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen wurden, wie die „Dena“ erfährt, auf Grund eines Kommissionsbeschlusses auf heute mittag vertagt. Die Veranlassung zu dieser Vertagung waren die noch andauernden Verhandlungen über die Neuordnung der Reichs- und Staatsarbeiter, deren Ergebnis der Magistrat erst noch abwarten will.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Am Montag, den 21. August, nachmittags 4,30 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Großer Saal, Engländer 24/25 eine Generalversammlung aller in Buchdruckereien beschäftigten Buchbinder und Buchbinderarbeiten in statt. Tagesordnung: Bericht von den Lohnverhandlungen mit dem Verein Berliner Buchdruckereibesitzer. Die Branchenleitung.

Die Sperre über die Betriebe Schloß Weihensee, Berliner Allee 205-210 und Schweißergarten. Am Friedrichshain 29-32 ist von dem Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten aufgehoben worden.

Maler. Montag abend 7 Uhr im Gewerkschaftshaus Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht der Verwaltung, Lohnerböhung, Verschiedenes.